

**Friedhofs- und
Begräbnisordnung**

für den Friedhof der

Katholischen
Pfarrkirchenstiftung
St. Nikolaus

Mitteleschenbach

2024

Präambel	3
I. Allgemeine Bestimmungen.....	4
§ 1 Bezeichnung und Zweck des Friedhofs	4
§ 2 Verwaltung des Friedhofs.....	4
§ 3 Ordnung auf dem Friedhof	4
§ 4 Veranstaltung von Trauerfeiern.....	5
§ 5 Gewerbliche Arbeiten, Zulassung	5
§ 6 Friedhofsanlage	6
II. Bestattungsbestimmungen.....	7
§ 7 Anmeldung der Beerdigung	7
§ 8 Zuweisung der Grabstätte	7
§ 9 Vorbereitung der Grabstätten	7
§ 10 Särge, Urnen, Leichentuchbestattungen.....	7
§ 11 Belegung und Ruhezeit.....	8
§ 12 Umbettung	8
III. Grabstätten	9
§ 13 Registerführung	9
§ 14 Arten von Grabstätten.....	9
§ 15 Einzelgrabstätten	9
§ 16 Doppelgrabstätten.....	9
§ 17 Urnengrabstätten.....	9
§ 18 Tiefe des Grabes	10
§ 19 Größe des Grabes.....	10
§ 20 Nutzungsrechte und Pflichten	11
§ 21 Verlängerung der Nutzungsrechte.....	11
§ 22 Übertragung des Nutzungsrechts	12
§ 23 Beschränkung des Nutzungsrechts.....	12
§ 24 Benutzung der Leichenhalle	12
IV. Gestaltung von Grabstätten.....	13
§ 25 Verantwortliche, Pflichten.....	13
§ 26 Errichtung und Instandhaltung der Grabmale.....	13
§ 27 Grabmale.....	14
§ 28 Herrichten und Instandhalten der Grabstätten	15
§ 29 Entfernung von Grabmalen	16
V. Schlussbestimmungen	17
§ 30 Haftungsausschluss.....	17
§ 31 Gebühren.....	17
§ 32 Ausnahmegenehmigungen	17
§ 33 Inkrafttreten	18

Präambel

„Schwestern und Brüder, wir wollen euch über die Verstorbenen nicht in Unkenntnis lassen, damit ihr nicht trauert wie die anderen, die keine Hoffnung haben“.

So ruft es uns der Apostel Paulus im 1. Thessalonicherbrief zu (1 Thess. 4,13).

In allem Schmerz über den Tod eines lieben Menschen stehen wir nicht am Ende, sondern sind an den verwiesen, der den Tod in seiner Auferstehung überwunden hat und uns Hoffnung schenkt für ein Leben in Gott – Jesus Christus.

Mit unserem Friedhof richtet die Pfarrgemeinde einen Ort ein, auf dem die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden und die Würde menschlichen Lebens auch über den Tod hinaus bewahrt werden soll.

Somit wird auf dem Friedhof die durch Jesus Christus geschenkte Hoffnung verkündigt, die Hoffnung auf ein Leben über den Tod hinaus.

Alle Arbeit auf dem Friedhof erhält so ihre Prägung und ihren Sinn.

Wir danken allen, die durch die Pflege der Gräber und des Friedhofs uns in unserem Glauben unterstützen.

Die Friedhofsverwaltung Mitteleschenbach

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Bezeichnung und Zweck des Friedhofs

1. Der Friedhof an der St. Walburg-Straße 1, 91734 Mitteleschenbach, Gemarkung Mitteleschenbach - Flur Nr. 148 -, ist ein kirchlicher Friedhof (CC. 1240-1243 CIC) im Eigentum der kath. Pfarrkirchenstiftung St. Nikolaus, Mitteleschenbach.
2. Der Friedhof ist eine öffentliche Einrichtung und dient der Bestattung aller Personen, die im Bereich der kath. Pfarrei ihren ständigen Wohnsitz hatten oder denen ein Grabnutzungsrecht zusteht. Ein Bestattungsrecht auf dem Friedhof kann nur mit Genehmigung der Kirchenverwaltung erworben werden.

§ 2 Verwaltung des Friedhofs

Die Friedhofsverwaltung obliegt der katholischen Kirchenverwaltung Mitteleschenbach, die unter der Anschrift: Kath. Pfarramt, Rathausstraße 1, 91734 Mitteleschenbach, Tel. 09871 / 1830 erreichbar ist.

§ 3 Ordnung auf dem Friedhof

1. Der Friedhof ist grundsätzlich tagsüber geöffnet.
2. Die Friedhofsverwaltung kann im begründeten Fall das Betreten des Friedhofs oder Teile desselben vorübergehend untersagen.
3. Den Anweisungen des Friedhofspersonals und der Friedhofsverwaltung ist Folge zu leisten.
4. Die Friedhofsbesucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
5. Auf dem gesamten Friedhofsareal ist es nicht gestattet, ...
 - a) ... die Wege mit Kraftfahrzeugen (Kfz) aller Art zu befahren. Ausgenommen hiervon sind Roll- und Krankenfahrstühle, Gehilfen sowie Fahrzeuge für gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof.
 - b) ... Waren und Dienstleistungen jeglicher Art, ohne Genehmigung des Kirchenverwaltungsvorstands, feil zu bieten oder diese zu bewerben.
 - c) ... zu rauchen.

- d) ... Tiere aller Art, ausgenommen Blinden- und Begleittiere, mitzunehmen.
- e) ... Druckschriften zu verteilen oder Plakate und Schilder zu installieren.
- f) ... Trauerfeierlichkeiten zu stören.
- g) ...ohne Genehmigung des Kirchenverwaltungsvorstands gewerbsmäßig zu fotografieren

§ 4 Veranstaltung von Trauerfeiern

1. Sämtliche Trauer- und Begräbnisfeiern sind beim Kirchenverwaltungsvorstand anzumelden.
2. Bei kirchlichen Begräbnisfeiern sind Ansprachen, die nicht Bestandteil der kirchlichen Handlung sind, nach Beendigung der kirchlichen Feier zu halten. Ausnahmen hiervon sind nur in Absprache mit dem Leiter der Begräbnisfeier möglich.
3. Nicht katholische Beisetzungen geschehen, nach Genehmigung durch den Kirchenverwaltungsvorstand, in der für sie üblichen Form.
4. Trauerfeiern, die ohne Mitwirkung eines katholischen Priesters abgehalten werden, müssen der Würde des Ortes entsprechen und dürfen das christliche Bekenntnis nicht verletzen. Sie dürfen keine Ausführungen enthalten, die einen Angriff auf das Christentum, seine Lehren, seine Gebräuche oder seine Mitglieder darstellen.

§ 5 Gewerbliche Arbeiten, Zulassung

1. Gärtner, Steinmetze und sonstige Gewerbetreibende dürfen auf dem Friedhof gewerbliche Arbeiten nach Rücksprache mit der Friedhofsverwaltung ausführen.
2. Bestatter müssen als Gewerbetreibende zugelassen sein und eine berufsspezifische Fachprüfung abgelegt haben. Des Weiteren bedürfen sie für Tätigkeiten auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung (Bestattungsvertrag) durch die Friedhofsverwaltung bzw. durch den Kirchenverwaltungsvorstand.
3. Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und die Friedhofsordnung anerkennen.

4. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Mitarbeiter im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof verursachen.
5. Die Ausführung gewerblicher Arbeiten ist jeweils vorher der Friedhofsverwaltung zu melden. Die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten ist auf Verlangen durch schriftliches Einverständnis des Grabnutzungsinhabers nachzuweisen.
6. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze in sicheren Zustand zu bringen. Abfälle jeglicher Art, Schutt und Erde, die bei den Arbeiten übrigbleiben, hat der Ausführende respektive Gewerbetreibende bzw. der Grabnutzungsinhaber zu entsorgen. Geräte und Werkzeuge dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
7. Die Tätigkeit Gewerbetreibender auf dem Friedhof beschränkt sich auf die Werktage. Tätigkeiten während Trauerfeierlichkeiten sind untersagt. Die Arbeiten bedürfen der vorherigen Anmeldung.
8. Zuwiderhandelnde können vom Friedhof verwiesen werden. Gewerbetreibenden kann in diesem Fall das Arbeiten auf dem Friedhof untersagt werden.

§ 6 Friedhofsanlage

1. Die gesamte Friedhofsanlage ist eine schützenswerte Einrichtung, im Besonderen die mittelalterliche Friedhofsmauer.
2. Die Pflege, Instandhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein dem Friedhofseigentümer. Entstehen hierdurch Schäden an Grabstätten, haftet der Friedhofseigentümer nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.
3. Auf dem gesamten Friedhofsareal ist es nicht gestattet, Abraum, Kehricht und nicht verrottendes Material außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze abzulegen.

II. Bestattungsbestimmungen

§ 7 Anmeldung der Beerdigung

1. Bestattungen sind unverzüglich beim Kirchenverwaltungsvorstand anzumelden, damit Grabstelle und Bestattungstermin festgelegt werden können.
2. Im Zuge der Anmeldung sind die nach Bestattungsrecht erforderlichen Unterlagen, insbesondere die Bescheinigung des Standesamtes über die Beurkundung des Todesfalls oder der Bestattungserlaubnisschein der Ordnungsbehörde schriftlich einzureichen. Bei Urnenbeisetzungen ist zusätzlich die Einäscherungsurkunde vorzulegen.

§ 8 Zuweisung der Grabstätte

Grabstätten werden in der Regel nur bei einem Todesfall zugewiesen. Über Ausnahmen entscheidet die Kirchenverwaltung.

§ 9 Vorbereitung der Grabstätten

1. Die Gräber werden von einem beauftragten Bestattungsinstitut ausgehoben und wieder zugefüllt.
2. Bestehende Grabanlagen sind beim Öffnen eines Grabes für eine Sarg- oder Leichentuchbestattung einschließlich der vorhandenen Fundamente vollständig abzubauen. Aufgrund der vorliegenden örtlichen Gegebenheiten können keine Tiefgründungen, die bei einer normalen Graböffnung nicht entfernt werden können, eingebaut werden.
3. Die bei der Aushebung eines Grabes aufgefundenen Gebeine aus früheren Bestattungen müssen wieder im gleichen Grab beigesetzt werden.

§ 10 Särge, Urnen, Leichentuchbestattungen

1. Särge müssen derart abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist.
2. Särge und Urnen müssen, soweit keine Sonderbestimmungen für einzelne ausgewiesene Grabstättenbereiche vorliegen, aus verrottbarem Material hergestellt sein.
3. Erdbestattungen in einem Leichentuch ohne Sarg sind im Sinne der Verordnung zur Änderung der Bestattungsverordnung vom 11. März 2021 (BestVÄndV) aus religiösen und weltanschaulichen Gründen zugelassen, soweit öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

§ 11 Belegung und Ruhezeit

1. Belegung:

Einzelgrabstätte	mit Tieferlegung	
1 Verstorbener	2 Verstorbene	4 Urnen

Doppelgrabstätte	mit Tieferlegung	
2 Verstorbene	4 Verstorbene	8 Urnen

Urnenerdgrab	Urnenkammer
2 Urnen	2 Urnen

2. Die Ruhezeit für Erdgrabstätten beträgt 20 Jahre, bei Kindern, die vor Vollendung des 7. Lebensjahres verstorben sind, 12 Jahre. Bei Urnenbeisetzungen beträgt die Ruhezeit 10 Jahre.

§ 12 Umbettung

1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
2. Umbettungen von Leichen und Aschen haben, soweit keine behördliche Anordnung vorliegt, einen Antrag des Nutzungsberechtigten zur Voraussetzung.
3. Sie dürfen lediglich nach vorheriger begründeter Zustimmung der Katholischen Kirchenverwaltung Mitteleschenbach und unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben erfolgen.
4. Der Ablauf der Ruhefrist wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt. Dies gilt nicht im Falle einer Umbettung in einen anderen Friedhof.
5. Bei einer Umbettung in einen anderen Friedhof fällt das Nutzungsrecht hinsichtlich des Umgebetteten zurück an den Friedhofseigentümer. Bereits entrichtete Grabgebühren werden nicht zurückerstattet.

III. Grabstätten

§ 13 Registerführung

1. Die Einteilung der Friedhofsfläche ist planmäßig festgelegt. Der Friedhof ist in Abteilungen eingeteilt. Jedes Grab erhält innerhalb dieser Abteilung eine Nummer.
2. Über alle Gräber und Beerdigungen werden ein Grabregister und ein chronologisches Beerdigungsregister geführt.

§ 14 Arten von Grabstätten

Auf dem Friedhof werden folgende Grabstättenarten aufgrund aufgestellter Belegungspläne unterschieden:

- a. Einzelgrabstätten
- b. Doppelgrabstätten
- c. Urnenerdgrabstätten
- d. Urnenkammern
- e. Gräber für Geistliche

Auf dem Friedhof befinden sich drei Gräber, die ausschließlich zur Beisetzung von Geistlichen dienen. (Bereich B, Gräber 1- 3).

§15 Einzelgrabstätten

1. In einer Einzelgrabstätte kann ein Verstorbener, respektive können bei Tieferlegung zwei Verstorbene übereinander als Sargbestattung beerdigt werden.
2. In einer Einzelgrabstätte können bis zu 4 Urnenbestattungen erfolgen. Laufende Ruhefristen sind hierbei jedoch zu berücksichtigen.

§ 16 Doppelgrabstätten

1. In einer Doppelgrabstätte können zwei Särge nebeneinander, sowie bei Tieferlegung insgesamt vier Särge beerdigt werden.
2. In einer Doppelgrabstätte können bis zu 8 Urnenbestattungen erfolgen. Laufende Ruhefristen sind hierbei jedoch zu berücksichtigen.

§ 17 Urnengrabstätten

1. Die Urne mit Asche darf beigesetzt werden in

- a. einem Urnenerdgrab
 - b. einem Einzel- oder Doppelgrab
 - c. einer Urnenkammer
2. In einer Urnenkammer dürfen keine verrottbaren bzw. zersetzbaren Urnenbehältnisse (Überurnen) verwendet werden.
3. Nach Ablauf der Ruhefrist werden die Aschenreste vom Bestattungsunternehmen in einer festgelegten Stelle vor dem Friedhofskreuz dem Boden übergeben.

§ 18 Tiefe des Grabes

1. Bei Erdbestattungen werden die Gräber verschieden tief angelegt. Dabei sind folgende Maße einzuhalten:
- a. für Kinder unter 2 Jahren 1,00 m
 - b. für Kinder von 2 bis 7 Jahren 1,20 m
 - c. für Kinder über 7 Jahre und Erwachsene 1,80 m
2. Tiefgräber mindestens 2,30 m
3. Bei Urnenerdbeisetzungen ist eine Tiefe von 0,80 m vorgeschrieben.

§ 19 Größe des Grabes

Bei der Anlage der Gräber für Erdbestattungen sind folgende Maße einzuhalten:

- a. Einzelgrab:
Länge 1,90 m, Breite 0,90 m,
- b. Doppelgrab:
Länge 1,90 m, Breite 1,80 m,
- c. Urnenerdgrab
Länge 0,80 m, Breite 0,80 m,

§ 20 Nutzungsrechte und Pflichten

1. Mit der Zuteilung einer Grabstätte und der Zahlung der festgesetzten Gebühr erhält die berechtigte Person ein Nutzungsrecht nach Maßgabe der Friedhofsordnung; es wird dadurch kein Eigentums- oder Mietrecht erworben.
2. Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, im Einverständnis des Nutzungsberechtigten zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich, sie erfolgt entschädigungslos.
3. Es besteht kein Anspruch auf Wiedererwerb von Rechten an bestimmten Grabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung der Grabstätten.
4. Bei Belegung sämtlicher Grabstellen des Grabes kann in besonderen Fällen eine Ausnahme von der Einhaltung der Ruhezeit, nach vorheriger Genehmigung des Staatlichen Gesundheitsamtes, von der Friedhofsverwaltung bewilligt werden.
5. Solange ein Nutzungsrecht vorliegt, ist die Grabstätte vom Nutzungsberechtigten ordnungsgemäß zu pflegen.

§ 21 Verlängerung der Nutzungsrechte

1. Reicht die Ruhezeit gemäß dieser Ordnung über das Nutzungsrecht hinaus, so ist sofort bei der Beisetzung des zuletzt Verstorbenen das Nutzungsrecht der gesamten Grabstätte auf die Dauer der Ruhezeit zu verlängern und wird in Rechnung gestellt.
2. Rechte an Grabstätten enden mit Ablauf der Ruhezeit bzw. des Nutzungsrechtes. Vor deren Ablauf enden Rechte an Grabstätten entschädigungslos nach erfolgter Abmahnung, wenn Grabstätten nicht dieser Ordnung entsprechend angelegt sind oder in der Unterhaltung vernachlässigt werden. Nach Erlöschen der Rechte an Grabstätten und Ablauf der Ruhezeit kann von der Friedhofsverwaltung über die Grabstätten anderweitig verfügt werden. Das Grabmal und die Einfriedung sind innerhalb von drei Monaten und auf eigene Kosten des Nutzungsberechtigten wieder zu entfernen und das Grab einzuebnen.
3. Das Nutzungsrecht kann gegen Zahlung der festgesetzten Gebühr, frühestens 1 Jahr vor Ablauf des Nutzungsrechtes und spätestens zum Ende des Nutzungsrechtes, um jeweils 5 Jahre bis maximal 20 Jahre (bzw. 10 Jahre bei Urnenkammern) verlängert werden. Ein Recht darauf besteht nicht.

§ 22 Übertragung des Nutzungsrechts

1. Zu Lebzeiten des Nutzungsrechtsinhabers kann das Grabnutzungsrecht auf seinen Antrag hin auf eine andere natürliche Person mit deren Zustimmung übertragen werden. Antrag und Zustimmung müssen schriftlich erfolgen.
2. Nach dem Tod des Grabnutzungsrechtsinhabers wird das Grabnutzungsrecht auf seinen Rechtsnachfolger (Erben) übertragen. Bei einer Verfügung zugunsten mehrerer Personen hat die erstgenannte Person Vorrang.

§ 23 Beschränkung des Nutzungsrechts

- (1) Das Nutzungsrecht an Grabstätten kann im begründeten Fall durch die Friedhofsverwaltung entzogen werden.
- (2) Wird das Nutzungsrecht einer Grabstätte vor Ablauf der Ruhefrist entzogen, ist dem Nutzungsberechtigten für die verbleibende Zeit eine möglichst gleichwertige andere Grabstätte zuzuweisen.

§ 24 Benutzung der Leichenhalle

1. Die Leichenhalle dient zur Aufnahme der Verstorbenen bis zu ihrer Beisetzung. Zu Bestattende werden grundsätzlich zu jeder Jahreszeit vorsorglich in die Kühlung gestellt.
2. Särge mit Verstorbenen, die an anzeigepflichtigen und ansteckenden Krankheiten verstorben sind, dürfen nur mit Genehmigung des zuständigen Amtsarztes geöffnet werden.

IV. Gestaltung von Grabstätten

§ 25 Verantwortliche, Pflichten

1. Für die Pflege, Instandhaltung und Verkehrssicherheit der Grabstätte ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich.
2. Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte nach schriftlicher Aufforderung des Friedhofsträgers die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt, oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung oder ein für die Dauer von 8 Wochen angebrachter Hinweis auf der Grabstätte.
3. Vor Entzug des Nutzungsrechtes ist der Nutzungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen. Ist er nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln, hat noch einmal die entsprechende öffentliche Bekanntmachung oder ein entsprechender mehrwöchiger Hinweis auf der Grabstätte zu erfolgen. In dem Entziehungsbescheid wird der Nutzungsberechtigte aufgefordert, das Grabmal und sonstige baulichen Anlagen innerhalb von 3 Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.
4. Wird die Aufforderung nicht befolgt, kann das Nutzungsrecht entzogen werden. Grabmale und andere Baulichkeiten gehen ab diesem Zeitpunkt in die Verfügungsgewalt des Friedhofsträgers über, die Grabstätten werden von dem Friedhofsträger abgeräumt, eingeebnet und eingesät. Die entstehenden Kosten hat grundsätzlich der Nutzungsberechtigte zu tragen.

§ 26 Errichtung und Instandhaltung der Grabmale

1. Jedes Grabmal sowie die sonstigen baulichen Anlagen müssen entsprechend ihrer Größe stabil, dauerhaft gegründet und verkehrssicher installiert sein. Sie dürfen auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen.
2. Für die dauerhafte, standfeste Gründung sowie die Verkehrssicherheit der Grabmale, baulichen Anlagen und der gesamten Grabstätte ist der jeweilige Grabnutzungsrechtsinhaber verantwortlich und haftbar.
3. Ist die Stand- und Verkehrssicherheit von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen gefährdet, ist dies vom Grabnutzungsrechtsinhaber unverzüglich zu beheben. Wird der ordnungswidrige Zustand nicht nach Vermerk an der Grabstätte und dem Ablauf einer angemessenen Frist hergestellt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal, Grabmalteile

oder sonstige bauliche Anlagen zu entfernen. Die Kosten hierfür trägt der Grabnutzungsrechtsinhaber. Der Friedhofsinhaber ist verpflichtet, die entfernten Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Bei Gefahr im Verzug kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Grabnutzungsrechtsinhabers unverzüglich Sicherungsmaßnahmen, zum Beispiel das Umlegen von Grabmalen, durchführen.

4. Die Standfestigkeit der Grabmale wird mindestens einmal jährlich durch eine Druckprobe überprüft und dokumentiert.

§ 27 Grabmale

1. Gestaltung und Inschrift dürfen das christliche Empfinden nicht verletzen. Die Inschrift soll das Andenken an den Verstorbenen würdig bewahren.

2. Für Grabmale und die Grabeinfassung darf nur Naturstein verwendet werden. Arbeiten aus Schmiedeeisen, Bronze, Kupfer und Hartholz können zugelassen werden, wenn sich das Grabmal harmonisch und würdig in das Gesamtbild des Friedhofs einordnet.

3. Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein, die mit schlimmsten Formen von Kinderarbeit, im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (BGBl. 2001 II S. 1290, 1291), hergestellt wurden, sind verboten. Die Herstellung im Sinne dieser Vorschrift umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt.

4. Grabmale, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen dürfen nicht aus Mauerwerk oder Kunststoff bestehen.

5. Es sind nur stehende Grabmale zulässig.

6. Die Grabmäler dürfen in der Regel folgende Maße nicht überschreiten:

a. Einzelgrab:	Höhe 1,50 m Breite 0,75 m
b. Doppelgrab	Höhe 1,50 m Breite 1,25 m
c. Urnenerdgrab	Höhe 0,80 m Breite 0,60 m

7. Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und der damit zusammenhängenden baulichen Anlagen bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Friedhofsträgers. Mit der Durchführung dürfen nur

zugelassene Gewerbetreibende und Dienstleister nach den Bestimmungen dieser Satzung, insbesondere des § 5 Gewerbliche Arbeiten, Zulassung), beauftragt werden.

8. Die Genehmigung ist vom Nutzungsberechtigten rechtzeitig vor der Vergabe des Auftrages und der Vorlage von maßstäblichen Zeichnungen mit genauen Angaben über Art und Bearbeitung des Werkstoffes, über Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift, einzuholen.

9. Bei Verstoß gegen die erteilte Genehmigung kann diese widerrufen und die Änderung oder Beseitigung eines errichteten Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen auf Kosten des Grabnutzungsrechtsinhabers angeordnet werden.

10. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn das Grabmal oder die sonstigen baulichen Anlage Bestimmungen dieser Friedhofsordnung nicht entsprechen.

11. Provisorische Grabmale und Einfassungen sind nicht genehmigungspflichtig, dürfen jedoch nicht länger als zwei Jahre nach der Beisetzung verwendet werden

§ 28 Herrichten und Instandhalten der Grabstätten

1. Grabstätten sind so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes gewahrt bleibt. Sie dürfen nur bis höchstens zu einem Drittel der Fläche mit wasserundurchlässigem Material (Stein,...) bedeckt werden, damit der Verwesungsprozess nicht beeinträchtigt wird. Die Grabstätten sind so zu bepflanzen, dass andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigt werden. Die Höhe der Bepflanzung darf die Höhe des Grabmales nicht überschreiten. Blumenschmuck sowie Grablichter an den Urnenkammern können von der Friedhofsverwaltung ohne vorherige Ankündigung entfernt werden.

2. Unzulässig sind das Bestreuen der Grabstellen mit Kiesarten und das Anbringen von Schutzvorrichtungen.

3. Chemische Unkrautbekämpfungsmittel sowie die Anwendung jeglicher Pestizide bei der Grabpflege sind verboten.

4. Kränze und größere Schalen von neuen Grabstätten dürfen nicht in den auf dem Friedhof bereitgestellten Kompost- und Abfallcontainern entsorgt werden.

§ 29 Entfernung von Grabmalen

1. Vor Ablauf der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur nach vorheriger Erlaubnis des Friedhofsträgers entfernt werden.
2. Nach Ablauf des Nutzungsrechtes beziehungsweise nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen.
3. Auf den Ablauf des Nutzungsrechts wird der Nutzungsberechtigte schriftlich oder durch ortsübliche Bekanntmachung hingewiesen (§ 21 Verlängerung der Nutzungsrechte). Erfolgt die Entfernung nicht binnen einer Frist von drei Monaten nach Ablauf des Nutzungsrechts ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen gehen in die Verfügungsgewalt des Friedhofsträgers über; der Friedhofsträger ist jedoch nicht verpflichtet, diese zu verwahren. Die dem Friedhofsträger entstehenden Kosten aus der Beräumung hat der Nutzungsberechtigte zu tragen.

V. Schlussbestimmungen

§ 30 Haftungs Ausschluss

1. Der Friedhofseigentümer haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, durch Dritte, durch Tiere oder durch nichtsatzungsgemäße Benutzung des Friedhofs, seiner Anlagen und Einrichtungen entstehen.
2. Die Nutzungsrechtsinhaber tragen für die Dauer der Nutzungszeit ihrer Grabstätten die Haftung für Schäden und Unfälle aller Art, die durch ihre Grabstätte, Grabmale und sämtlich darauf und daran befindlichen Gegenstände entstehen. Sie übernehmen im Schadenfall den vollen Schadensersatz gegenüber dem Friedhofseigentümer.
3. Der Friedhofseigentümer haftet für Schäden nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
4. Für Schäden an Grabeinfassungen und Grabmalen, die durch Setzungen des Erdreichs entstehen, haftet der Friedhofseigentümer nicht. Ferner obliegen ihm keine Obhuts- und Überwachungspflichten

§ 31 Gebühren

1. Für die Benutzung des Friedhofes, kirchlicher Gebäude und anderer Einrichtungen werden Gebühren nach der jeweils geltenden Gebührenordnung der Friedhofsverwaltung Mitteleschenbach erhoben.
2. Die Friedhofsverwaltung behält sich ferner vor, bei außergewöhnlichen, den Friedhof betreffenden, baulichen Maßnahmen und Sonderleistungen eine Umlage je Grabstätte zu erheben.

§ 32 Ausnahmegenehmigungen

1. Die Friedhofsverwaltung kann besondere Anweisungen für die Gestaltung der Anlagen und Grabmale geben und Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen zulassen, wenn sich dies im Einzelfall wegen der Lage der Grabstätte, wegen ihrer Anpassung an die benachbarten Grabstätten oder wegen vorhandenen Grabschmucks als notwendig erweisen sollte.
2. Wenn die Friedhofsverwaltung in Einzelfällen Abweichungen von den vorstehenden Bestimmungen zulässt, so kann dagegen kein Einspruch erhoben oder darauf ein Anspruch gestützt werden, dass ähnliche Ausnahmen auch an anderer Stelle genehmigt werden müssen.

§ 33 Inkrafttreten

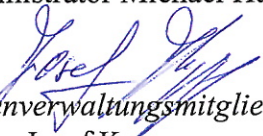
Diese Ordnung tritt mit der stiftungsaufsichtlichen Genehmigung in Kraft.
Sämtliche vorhergehende Friedhofsordnungen und Friedhofsgebührenordnungen treten zugleich außer Kraft.

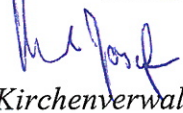
Diese Ordnung tritt am 01.03. 2024 in Kraft.

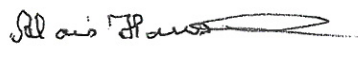
Die Kirchenverwaltung Mitteleschenbach hat in ihrer Sitzung vom 15.11.2023 die vorstehende Friedhofsordnung beschlossen.

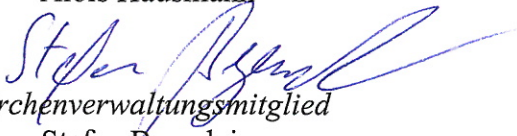
Mitteleschenbach, am



Kirchenverwaltungsvorstand
Pfarradministrator Michael Harrer


Kirchenverwaltungsmitglied
Josef Kopp


Kirchenverwaltungsmitglied
Josef Schlund


Kirchenpfleger
Alois Hausmann


Kirchenverwaltungsmitglied
Stefan Beyerlein


PGR - Vorsitzende
Kerstin Seitz-Knechtlein

Die stiftungsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt:

StaG 2024-0010

Eichstätt, 20. Februar 2024


Josef Heidl
Ordinariatsrat



**Gebührenordnung
der Kath. Pfarrkirchenstiftung St. Nikolaus
Mitteleschenbach für die Inanspruchnahme ihrer
Bestattungseinrichtung**

(Friedhofsgebührenordnung)

§1 Gebühren

1. Die kath. Pfarrkirchenstiftung erhebt für die Inanspruchnahme ihrer Bestattungseinrichtung sowie damit in Zusammenhang stehende Amtshandlungen Gebühren.
2. Als Gebühren werden erhoben
 - a. Grabgebühren
 - b. Gebühren für die Friedhofseinrichtung
 - c. sonstige Gebühren

§2 Gebührenschuldner

1. Gebührenschuldner sind
 - a. wer zum Tragen der Bestattungskosten gesetzlich verpflichtet ist
 - b. wer den Antrag auf Benutzung einer Bestattungseinrichtung gestellt hat
 - c. wer den Antrag zu einer Leistung gestellt hat
 - d. wer den Antrag auf Erteilung einer Genehmigung, Ausnahme oder Befreiung gestellt hat
 - e. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt oder eine Verlängerung erwirbt
2. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§3 Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

1. Die Gebühr entsteht mit der Zuteilung bzw. Verlängerung des Nutzungsrechts, mit der Inanspruchnahme der gebührenpflichtigen Leistung oder mit der Erledigung der Verwaltungshandlung.
2. Bei der Neu- oder Wiederbelegung einer Grabstätte sind die Gebühren für die Nutzungsrechte für die gesamte Ruhefrist vorab zu entrichten, abzüglich der Gebühren für den Zeitraum, für den bereits ein Nutzungsrecht an der Grabstätte erworben wurde.
3. Die Gebühren werden vier Wochen nach Zustellung der Gebührenrechnung fällig.
4. Eine Aufrechnung der Gebührenschuld gegen anderweitige Forderungen ist nicht zulässig.
5. Die Pfarrkirchenstiftung ist berechtigt, von den künftigen Gebührenschuldern einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlichen Gebühren zu erheben.

§4 Gebühren

1. Die Gebühren betragen für die gesamte Ruhezeit für ein/eine:

a. Einzelgrabstätte: 440,00 €

b. Doppelgrabstätte: 880,00 €

c. Bestattung von Kindern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr
im Einzel- oder Doppelgrab: 200,00 €

d. Urnenerdgrab: 400,00 €
(incl. der Pauschale für Wasser und die Entsorgung der Grabbepflanzung)

e. Urnenkammer: 700,00 €
(incl. der Räumung nach Ablauf des Nutzungsrechts durch das vertraglich festgelegte Bestattungsunternehmen)

2. Die Gebühr für eine Mehrfachbelegung (außer bei einer Urnenkammer) beträgt

für jede Sargbestattung: 440,00 €

für jede Urnenbestattung 200,00 €

3. Die Gebühren für die Verlängerung des Nutzungsrechtes betragen für ein/eine:

a. Einzelgrab für 20 Jahre 440,00 €

Einzelgrab für 10 Jahre 220,00 €

Einzelgrab für 5 Jahre 110,00 €

b. Doppelgrab für 20 Jahre 880,00 €

Doppelgrab für 10 Jahre 440,00 €

Doppelgrab für 5 Jahre 220,00 €

c. Urnenerdgrab für 10 Jahre 400,00 €

Urnenerdgrab für 5 Jahre	200,00 €
d. Urnenkammer für 10 Jahre	700,00 €
Urnenkammer für 5 Jahre	350,00 €

Erstreckt sich die Ruhefrist über die Dauer des Grabnutzungsrechts hinaus, so ist die zur Verlängerung des Nutzungsrechtes festgesetzte Gebühr anteilig bis zum Ablauf der Ruhefrist zu entrichten.

4. Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Friedhofs (pro Bestattung):

150,00 €

5. Die Bestattungsgebühren für die Einsargung einer Leiche, für Leichentransport und Herstellen eines Grabes (Ausheben und Schließen eines Grabes) berechnet das beauftragte Beerdigungsinstitut. Das gilt ebenso für das Ausgraben, Wiederbeisetzen und Umbetten von Leichen und Gebeinen.

6. Sonstige Gebühren:

- a. Verschlussplatte für Urnenkammer (einmalig): 240,00 €
(Die Kosten für die Beschriftung der Verschlussplatte werden durch die jeweilige Fachfirma in Rechnung gestellt.)
- b. Für Wasser, Strom und Entsorgung von Grabbepflanzungen wird eine jährliche Pauschale erhoben *(Lastschriftverfahren)*
 - für ein Einzelgrab: 15,00 €
 - für ein Doppelgrab: 20,00 €
- c. Die Gebühren erhöhen sich für Personen, die ihren Erstwohnsitz zum Zeitpunkt des Todes nicht in der Pfarrgemeinde Mitteleschenbach hatten um 150,00 €
(Hiervon ausgenommen sind Personen, die zuletzt Bürger der Pfarrgemeinde Mitteleschenbach waren, ihren Lebensabend aber in einem Alten- und Pflegeheim oder bei Angehörigen verbrachten.)
- d. Die Grabgebühren erhöhen sich für Personen, die zum Zeitpunkt des Todes keiner christlichen Konfession angehören um 150,00 €


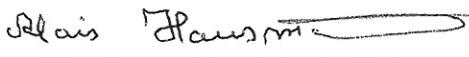
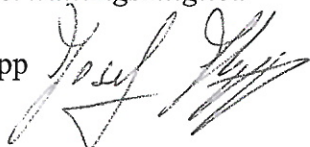

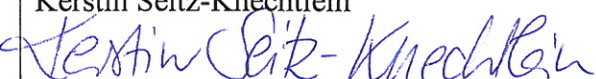
7. Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Leistungen, die in dieser Satzung nicht enthalten sind, werden einer vergleichbaren Gebühr entsprechend erhoben. Insbesondere sind dabei die Leistungen nach Art und Zeit zu berücksichtigen.

§5 Inkrafttreten

1. Diese Gebührenordnung tritt nach ihrer stiftungsrechtlichen Genehmigung und öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Sie kann jederzeit mit stiftungsaufsichtlicher Genehmigung ergänzt oder geändert werden. Die Gebühren können auch während der Laufzeit angepasst werden.
2. Mit Inkrafttreten dieser Gebührenordnung für den Friedhof in Mitteleschenbach treten sämtliche vorherige Gebührenordnungen außer Kraft.

Die Kirchenverwaltung Mitteleschenbach hat in ihrer Sitzung vom 15.11.2023 die vorstehende Gebührenordnung für den Friedhof in Mitteleschenbach beschlossen.

Mitteleschenbach, am 22.01.2024

<i>Kirchenverwaltungsvorstand</i> Pfarradministrator Michael Harrer 	<i>Kirchenpfleger</i> Alois Hausmann 
<i>Kirchenverwaltungsmitglied</i> Josef Kopp 	<i>Kirchenverwaltungsmitglied</i> Stefan Beyerlein 
<i>Kirchenverwaltungsmitglied</i> Josef Schlund 	<i>PGR - Vorsitzende</i> Kerstin Seitz-Knechtlein 

Die stiftungsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt:

Sta G 2024-0010

Eichstätt, 20. Februar 2024


Josef Heini
Ordinariatsrat

